

KERNENERGIE-ZUKUNFT - BKW-Chef Kurt Rohrbach ist vor der Mühlenberg-Abstimmung weiterhin zuversichtlich. **3**

GEWERBE AKTUELL - Eine Lanze für den längst fälligen und nötigen Ausbau des Flughafens Zürich-Kloten. **5**

WIRTSCHAFT & POLITIK - Zahlen zeigen, warum die SP-Steuerinitiative dem Gewerbe schadet. **6**

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Nein zur Überwindung des Kapitalismus

Die unsägliche Neidkampagne der Linken in Form der sogenannten «Steuergerechtigkeits-Initiative» greift den Wirtschaftsstandort Schweiz und namentlich die KMU-Wirtschaft frontal an. Mutwillig werden damit Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt und gefährdet. Geradezu abstrus ist dabei die Aufforderung des KMU-Netzwerkes der SP an die beiden freisinnigen Nationalräte Noser und Ineichen, ihre Aussage in Inseraten vom letzten Wochenende, wonach das Volksbegehren «die Unternehmer ins Mark treffen und den Firmen Geld entziehen würde, das sie für Investitionen in Arbeitsplätze, Forschung und Ausbildung benötigen» als falsch zurückzuziehen. Diese Aufforderung des linken KMU-Netzwerkes erfolgt dabei im Namen von «Biobauer/-innen, Gewerbetreibenden, Handwerker/-innen, Produzent/-innen, Dienstleister/-innen, Ärzt/-innen, Anwält/-innen, usw.» und stellvertretend für die 99% von der Initiative angeblich nicht betroffenen KMU.

Mit diesem Vorgehen demaskieren sich die die SP-Initianten gleich zwei Mal selber. Zum einen begründen sie die Initiative mit dem Vorwurf, den Abzockern müsse der Riegel geschoben werden. Niemand in unserem Lande wird nun in Kenntnis der unternehmerischen Leistung von Ruedi Noser und Otto Ineichen diese beiden der Abzockerei bezichtigen wollen.

Zum anderen ist es eine Anmassung der SP, stellvertretend für die gesamten 99% der KMU-Wirtschaft sprechen zu wollen, die man nicht vertritt. Im Gegenteil - die Initiative zwingt die meisten Kantone zu Steuererhöhungen und dies nicht nur für eine obere Einkommensschicht, sondern in erster Linie für den Mittelstand. Verschlechtert sich die Steuersituation in der Schweiz, droht der Wegzug von Firmen und damit auch von Steuersubstrat und Arbeitsplätzen.

Dieses Szenario gilt im Übrigen für die ganze Schweiz und nicht bloss zwischen Wollerau und Zürich, wie dies der Verleger der «Unternehmer-Zeitung» in seinem letzten Editorial aus einer ausgeprägten Froschperspektive heraus suggerieren wollte.

Die SP-Initiative zerstört mutwillig Arbeitsplätze und Wohlstand. Es geht programmatisch um die Überwindung des Kapitalismus. Damit die Leistungskraft unser KMU-Wirtschaft erhalten bleibt, ist dieser Ungerechtigkeits-Initiative am Wochenende mit einem wuchtigen Nein eine Absage zu erteilen.

MEHR ZUM THEMA AUF SEITE 6

UMWELTZONEN - Der sgv lehnt eine überaus fragwürdige «Erbschaft» aus dem Nachlass von Ex-Umweltminister Leuenberger dezidiert ab.

Rechtliches «Buebetrickli»

Sind Sie Handwerker? Wollen Sie mit Ihrem vier Jahre alten Kleintransporter in die Stadt fahren? Dann kann es sehr wohl sein, dass Sie wegen der sogenannten Umweltzonen gar nicht zu Ihren Kunden gelangen. Denn Ihnen könnte mit einer einfachen Vignette verboten werden, gewisse Gebiete der Schweiz - vor allem Städte und Agglomerationen - zu befahren. Und das gilt nicht nur für Handwerker, sondern für alle.

Leuenbergers Hätschelkind

Die unsägliche Idee der Umweltzone, stets ein Hätschelkind des Neuenimplenia-Verwaltungsrates Moritz Leuenberger, sieht vor, dass die Schweiz gemäss Luftverschmutzung in Rayons eingeteilt wird. Gebiete mit einer vergleichsweise hohen Luftverschmutzung sollen dabei geschützt werden. Alle Fahrzeuge werden gemäss ihren Emissionswerten in Klassen eingeteilt; diese Kategorien werden mittels einer Vignette gekennzeichnet. Diese bestimmt, welche Teile der Schweiz befahren werden dürfen. Am restriktivsten wird dies in den Städten gehandhabt. Zumindest ist dies die Vorstellung der Verordnung, die vom Bundesrat in die Anhörung geschickt wurde.



Neuer Knebel für KMU

Der sgv lehnt die Einführung der sogenannten Umweltzone entschieden ab. «Sie schafft Ungleichheit, ihre Wirksamkeit ist alles andere als bewiesen, und sie ist obendrein mit dem in der Schweiz gültigen Gesetz nicht vereinbar», begründet Gewerbedirektor Hans Ulrich-Bigler die kategorische Absage. Neben dem sgv lehnen zahlreiche weitere Verbände die Idee ab, darunter auch die Berner KMU. Für deren Präsidentin Kathrin Anderegg ist klar: «Umweltzonen schaffen Barrieren und nützen wenig. Das Gewerbe wird damit zusätzlich geknebelt.» Um mobil zu bleiben,

Wirkungslos und erst noch illegal: Der sgv wird die aus dem Ausland importierte Idee der Umweltzonen mit aller Kraft bekämpfen.

wählten Standorten», kritisiert der VSEI. Verschiedene Studien aus dem In- und Ausland, welche die Wirksamkeit der Umweltzone bestreiten, würden in den Wind geschlagen.

Ohne Gesetzesgrundlage

Überaus befremdend ist die Tatsache, dass die Einführung von Umweltzonen schlicht illegal wäre. Eine derartige einschneidende Massnahme braucht nach Auffassung des sgv eine gesetzliche Grundlage. Die Verordnung, welche die Umweltzone postuliert, stützt sich auf das Umweltschutzgesetz (USG). Doch darin findet sich kein Wort über derartige Zonen.

Keine Geiss kann also die Tatsache wegschlecken, dass die Bundesbehörden zu einem üblen rechtlichen «Buebetrickli» greifen: Sie präsentieren einen Erlass ohne gesetzliche Grundlage, und weil es ohne Gesetzesgrundlage eben nur eine Verordnung ist, kann sie von den eidgenössischen Räten gar nicht überprüft werden. sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler kündigt Widerstand an: «Die Verwaltung führt ein einschneidendes Instrument ein, das nicht einmal den demokratischen Mindestanforderungen genügt. Und die Zeche sollen die KMU bezahlen!»

Henrique Schneider

KMU-KONJUNKTURBAROMETER - Trotz möglicher Verlangsamung des Wachstums sehen von der UBS befragte Unternehmen keinen Grund zur Besorgnis.

Es geht weiter aufwärts

Die Schweizer Wirtschaft erholt sich weiter: Die Gewinne und Cashflows der kleinen und mittleren Unternehmen haben sich im Vergleich zum Vorjahr stabilisiert, der Personalbestand wurde erhöht. Und die Unternehmen rechnen mit einer anhaltenden Verbesserung des Geschäftsklimas. Trotz einer möglichen Verlangsamung des Wachstums sehen die Unternehmen keinen Grund zur Besorgnis. Dies die erfreulichen Resultate einer Umfrage, welche die UBS in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gewerbeverband sgv im dritten Quartal durchgeführt hat.

Differenziertes Bild

Je nach Sektor und Branche zeigt sich aber ein unterschiedliches Bild. In der Industrie, im Dienstleistungssektor und im Tourismusbereich konnten die Unternehmen die Umsätze erhöhen, während die Unternehmen im Baugewerbe und im Detailhandel ihre Umsätze lediglich stabilisieren konnten. Auf dem Bau harzte es besonders bei den Verkaufspreisen, beim Gewinn und beim Cashflow. Hier sahen die befragten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung. KMU im Dienstleistungssektor haben sich schlechter



Im Bereich Tourismus zeichnet der Konjunkturbarometer ein positives Bild, die Branche kann langsam aufatmen.

von der Krise erholt als Grossunternehmen - allerdings haben sie in den schlechten Zeiten auch weniger gelitten.

Ein erfreuliches Bild zeichnet die Umfrage vom Tourismussektor: Nach einer langen Durststrecke können die befragten Unternehmen langsam wieder aufatmen. Beschäftigung und Preise haben sich stabilisiert, Um-

satz, Cashflow und Gewinn konnten verbessert werden.

Belastung nimmt zu

Die Hälfte aller befragten Unternehmen gaben an, dass sich ihre administrative Belastung gegenüber dem Vorjahr vergrössert habe. Allerdings gaben bloss vier Prozent an, dass die Belastung stark angestiegen sei. En SEITE 7